

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Josef Seidl

Abg. Manfred Eibl

Abg. Claudia Köhler

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Ludwig Hartmann

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Christian Hierneis

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19 b** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes

Nachhaltige Flächennutzung durch ein verbindliches 5-Hektar-Ziel (Drs. 18/3037)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit haben wir 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich erteile zunächst Herrn Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern hatten wir schon das Warm-up zu diesem Gesetzentwurf heute. Ich freue mich, dass ich heute mit Ihnen unseren Gesetzentwurf diskutieren kann. Ich hatte nach der Debatte gestern das Gefühl, dass da ein paar Details drin sind, die ich noch ein bisschen verdeutlichen kann. Ich glaube, dann werden die Bedenken deutlich kleiner sein als gestern. Da war vielleicht noch die eine oder andere Unschärfe dabei.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Den Eindruck hatten wir auch!)

– Ja. – Zunächst: Unser Gesetzentwurf ist transparent. Die Verteilung der Flächenbudgets geschieht aufgrund einer anerkannten statistischen Größe. Er ist flexibel – das werde ich noch erklären –, und er schafft einen verbindlichen Rahmen zum Flächensparen. Wir müssen Flächen schützen, für die Erholung, für die Landwirtschaft, aber auch für die Natur. Nur mit einem verbindlichen Rahmen kommen wir da hin.

Bevor ich unseren Gesetzentwurf kurz erkläre, muss ich sagen, gestern in der Debatte hat es mich, der ich auf dem Dorf aufgewachsen bin, sehr gestört, dass ich von der

Regierungsseite immer wieder hören musste, wir sollen keine Gräben ausheben. An dieser Stelle sollten Sie ein bisschen abrüsten und anerkennen, dass Flächensparen nichts ist, was Großstädter dem Land vorschreiben wollen. Flächensparen, so erlebe ich es vielmehr, das ist etwas, was in der Tendenz ältere Leute, und zwar ältere Leute vom Dorf, an mich herantragen, wie zum Beispiel mein Großvater, 91 Jahre alt und Landwirt. Wenn ich mit dem darüber rede, was für Entwicklungen passieren, dann sagt auch der: Das läuft aus dem Ruder. – Deswegen legen wir den Gesetzentwurf vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schlagen zur Verteilung der Budgets die Einwohnerzahl vor. Das haben wir uns nicht alleine ausgedacht. Das Umweltbundesamt hat das für verschiedene andere Faktoren durchgerechnet wie für Zentrale Örtlichkeit, Flächenverfügbarkeit, Wirtschaftskraft. Auch Herr Kollege Göppel von der CSU äußert immer wieder, dass sich Unterschiede zwischen Bevölkerungsmodellen egalisieren oder Bevölkerungsmodelle sogar Vorteile gegenüber anderen Modellen haben. Da das Bevölkerungsmodell sehr transparent ist – jede Gemeinde weiß, wie viele Einwohner sie hat – und das sehr nachvollziehbar für alle ist, schlagen wir eine Verteilung nach Bevölkerung vor.

Jetzt kommt aber der springende Punkt: Wir schlagen eine degressive Verteilung vor. Das heißt, kleine Gemeinden bekommen pro Einwohner mehr als große. Gestern wurde aus dem Papier von Herrn Göppel zitiert. Da wurden die Faktoren genommen, die wir beispielhaft beigelegt haben. Ich betone deshalb noch einmal, was unser Gesetz besagt. Unser Gesetz besagt: Dieser Verteilungsschlüssel ist degressiv, aber den bestimmen wir alle drei Jahre mit parlamentarischer Beteiligung unter Konsultation der Gemeinden neu. Da können wir nachsteuern, da können wir auf Entwicklungen reagieren. Diese Flexibilität braucht es auch.

Zu der Frage, was der ländliche Raum bedeutet, zitiere ich einfach aus dem Gesetzentwurf:

Dieser Degressionsfaktor ist so auszugestalten, dass gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land, gefördert und gesichert werden. Er dient der Stärkung einwohnerschwacher Gemeinden zum Ausgleich bestehender Nachteile gegenüber großen Ballungszentren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Danke. – Jetzt bin ich doch einmal gespannt, ob das die Regierungsfractionen überzeugt oder ob wir jetzt aus Ihrer Sicht weiter Gräben aufreißen und Sie das Mantra vortragen, grüne Großstädter – wie gesagt, ich bin vom Dorf – würden Vorschläge machen, die dem Land schaden. Wir wollen die gleichwertigen Lebensbedingungen stärken, und unser Gesetzentwurf tut das.

Ein Vorwurf, der kommen könnte, lautet: Ihr wollt das viel zu radikal. Auch da sagen wir: abschmelzen. – Wir wollen am Ende bei fünf Hektar Flächenverbrauch pro Tag ankommen. Wenn es nach mir geht, gehen wir am Ende auch noch runter. Das ist aber auch ein Ziel der Bundesregierung, dass wir bei netto Null im Jahr 2050 ankommen. Wir schlagen vor, dass ab 2021 zehn Hektar als Budget für Bayern vorgesehen sind. Das geht dann Schritt für Schritt bis 2026 auf fünf Hektar herunter. Das gibt genug Flexibilität. Das wäre ein sehr glatter Übergang, da können sich alle darauf einstellen.

Wir ziehen Vorhaben, die die überörtliche Planung betreffen, ab. Der Brenner-Nordzu-
lauf bewirkt keinen Flächenverbrauch für die Gemeinde. Das ziehen wir vorher ab, das wird gar nicht als Budget verteilt. Umgekehrt heißt das, dass das nicht Teil des Budgets der Gemeinde ist. Wir haben auch Regelungen für Härtefälle vorgesehen. Eine landesplanerische Maßnahme, zum Beispiel die Entstehung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt oder eines Schulzentrums, wird nicht dem Budget der Gemeinden zugerechnet. Auch da stärken wir die gleichwertigen Lebensverhältnisse.

Zuletzt: Unser Gesetzentwurf bietet nach unserer Auffassung, nach meiner Auffassung, wenn wir das Flächensparen ernst nehmen, die flexibelste Möglichkeit, die wir

vorschlagen können. Wir legen die Menge fest, wir verteilen die Fläche unter Konsultation aller Beteiligten, und am Ende können die Kommunen selbst planen und kreativ sein. Sie können sogar ihre Budgets selbst erhöhen, indem sie versiegelte Flächen wieder entsiegeln. Das ist dann zusätzliches Budget. Sie können auch ihre Budgets auf Folgejahre übertragen. All das zusammen führt dazu, dass wir der Überzeugung sind, das ist eine sehr flexible Variante, mit der wir gleichzeitig das Flächenziel erreichen. Ich bitte deshalb um Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Zwanziger. – Jetzt wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN. Herr Dr. Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Zwanziger, lieber Christian, für das Aufreißen der Gräben, die wir gelegentlich gemeinsam zuzuschütten versuchen, war in meiner Wahrnehmung im Zeitverlauf der letzten Monate weniger die Regierung als vielmehr Ihre Fraktion zuständig.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Warum wohl?)

Ich nehme aber sehr wohl die Bemühung zur Kenntnis, konkretisiert nachzuliefern und auch die Unschärfen, die in Ihrem Konzept bisher eindeutig erkennbar waren, ein Stück weit abzumildern. Trotzdem bleiben für mich zwei Fragen. Die erste Frage: Sie bleiben wieder unkonkret, was den Degressionsfaktor anbetrifft. Wie wollen Sie es schaffen, mit welchem Degressionsfaktor auch immer, ein Gleichgewicht herzustellen, sodass eine wirtschaftliche Entwicklung in einer 1,5-Millionen-Metropole wie München weiterhin stattfinden kann und eine Kommune mit 400 oder 500 Einwohnern im ländlichen Raum nicht vier Jahre Flächen sparen muss, um beispielsweise einen Radweg zu bauen? Das ist die erste Frage: Wie stellt sich dieser Degressionsfaktor in Ihren Augen dar?

Die zweite Frage, die für mich noch unbeantwortet ist, lautet: Wie wollen Sie mit der Bewertung von Flächen umgehen, die derzeit als versiegelt gelten? Ist es aus Ihrer Sicht tatsächlich zielführend, dass auch in Zukunft Golfplätze, Ausgleichsflächen und Fischtrepfen und all diese Dinge, die wir uns gemeinsam wünschen, auf das Flächenkontingent angerechnet werden? – In der Zielsetzung sind wir uns durchaus einig. Der Vorwurf war nicht, man möchte nur im ländlichen Raum Flächen sparen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Dr. Mehring, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Der Vorwurf war, im Konzept sparen Sie zu lasten des ländlichen Raums Flächen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Zwanziger, Sie haben das Wort.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Vielen Dank für die Frage. Zuerst zur zweiten Frage und damit zu der Frage: Welche Flächen zählen als versiegelt? – Wir orientieren uns an dem, was statistisch gerade gerechnet wird. Das nehmen wir als Grundlage. Wir haben Vorschläge gemacht, zum Beispiel im Wirtschaftsausschuss, Freiflächen-PV-Anlagen aus der Fläche herauszunehmen, die als versiegelt gilt. Leider haben Sie die Zustimmung verwehrt. Wir sind dagegen, dass man Flächenverbrauch schönrechnet. Wenn wir aber über Freiflächen-PV-Anlagen reden, dann betrifft das das Gesetz nicht. Wir regeln mit dem Gesetz den Flächenverbrauch. Die Definition, was Flächenverbrauch ist, ist Teil einer anderen Debatte.

Zum Degressionsfaktor: Herr Kirchner hat das gestern schon zitiert. Wir verweisen beispielhaft immer darauf, was Herr Göppel und das Bundesamt vorschlagen. Die haben einen Degressionsfaktor vorgeschlagen, der sich so ergibt, dass jeder Flächenverbrauch jeder Größenklasse in Bayern sich halbiert. Also alle müssen sparen. So ergibt sich die Kurve von Herrn Göppel. Nach Herrn Göppel kommen dann für München 0,13 Quadratmeter heraus und für kleinere Kommunen 1,49 Quadratmeter pro Einwohner und Jahr. Ob der Faktor so sein soll oder, um Steuern zu können, anders, aber

auch degressiv sein soll und zur Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse geeignet sein soll, das geben wir doch am besten in die guten Hände der Beamten in den Ministerien und in die Konsultation mit den Gemeinden. Da findet man dann schon den richtigen Schlüssel. Das Gute am Gesetz ist, wenn der Schlüssel nicht passt, dann steuern wir alle drei Jahre nach.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist schon eine Erkenntnis!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Zwanziger. – Dann habe ich eine kurze Durchsage. Zum einen: Kann es sein, dass jemand seine Brille hier vergessen hat? – Zum anderen: Sollte irgendeine der Kolleginnen oder einer der Kollegen plötzlich nichts mehr mit sich anzufangen wissen oder sich sogar sozial isoliert fühlen, dann könnte das daran liegen, dass er gerade eben im Vorraum draußen sein Smartphone verloren hat. Wenn, dann wäre es hier abzuholen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Sandro Kirchner für die CSU-Fraktion das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Wenn man die Vorrede gehört hat, dann muss man sich schon in Erinnerung rufen, wie die Faktenlage ist. Ich möchte noch einmal betonen: 88 % der Fläche in Bayern sind gegenwärtig Wälder, Wiesen, Naturlandschaften und Gewässer. Nur 12 % der Fläche werden nach unserer Definition in Bayern genutzt und von Wohnungen, Häusern, Straßen, Radwegen und Schienen beansprucht. Dazu gehören auch ganz klar unsere Gärten, das Straßenbegleitgrün sowie Freizeit- und Erholungsanlagen wie Fußballplätze und Golfplätze. Auch der Englische Garten gehört dazu, ebenso wie der Friedhof. Wenn 12 % der Fläche genutzt wird, dann umfasst die Hälfte davon die Fläche für die gerade dringend benötigten Wohnungen und für die

Häuser, in denen die Menschen leben; sonst wären sie obdachlos und müssten auf der Straße leben, dann könnten sie eben nicht in Bayern leben.

Wenn Sie immer von der Wirtschaft sprechen, dann möchte ich Ihnen heute vor Augen halten, dass gerade einmal 1 % der Fläche in Bayern von Gewerbe, von Industrie und Handel genutzt werden. Sie zeichnen da immer ein ganz falsches Bild von Bayern.

Sehr geehrter Herr Hartmann, gestern haben Sie wieder dieses Zitat gebracht, und das möchte ich hier ansprechen, weil Sie es irgendwie nicht verstehen. Sie sagen immer, seit dem Jahr 2000 sei die Bevölkerung in Bayern um 6,3 % gewachsen, aber die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 15 %. Herr Hartmann, ich weiß nicht, wie Sie das für sich ausmachen, aber die Menschen müssen doch irgendwo wohnen, die Menschen müssen irgendwo arbeiten, die Menschen haben natürlich Kinder, die Schulen, Kindergärten brauchen, sie brauchen Krankenhäuser, Arztpraxen, sie wollen Freizeit und Erholung haben. Natürlich brauchen sie Straßen, Radwege, in München sogar S- und U-Bahnen. Ich verstehe nicht, warum Sie immer der Meinung sind, dass das eine Eins-zu-eins-Darstellung sein muss.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Weil wir sparsam mit Flächen umgehen wollen!)

Konzentrieren wir uns auf Ihr wahnwitziges Modell, das Sie gar nicht erklärt haben. Sie fordern eine gesetzlich festgelegte verbindliche Obergrenze von fünf Hektar. Ein regelrechtes Bürokratiemonster würde damit geschaffen. Sie wollen landesweite Budgets und einen degressiven Faktor einführen. Im Durchschnitt hat dann jeder Einwohner nur noch 0,9 Quadratmeter für sich zur Verfügung.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Neuverbrauch!)

Sie wollen den Freihandel bzw. den Flächenhandel zwischen den Kommunen forcieren. Sie wollen, dass reiche Kommunen den armen Kommunen die Flächenkontingen-

te abkaufen. Das heißt in der Konsequenz, eine reiche Kommune hätte alle Chancen, sich weiterzuentwickeln, während das kleine Dorf in der Rhön, im strukturschwachen Bereich, ohne Finanzmittel, keine Chance mehr hätte, sich zu entwickeln, sodass die Menschen dort gerne wohnen bleiben und wohnen können. Sie hebeln mit Ihren Vorschlägen die Selbstverwaltung in Bayern aus. Sie strangulieren unsere Kommunen regelrecht.

Herr Zwanziger, ich muss es trotzdem unterstreichen: Genau mit dieser Vorgehensweise spielen Sie Stadt gegen Land, Arm gegen Reich aus. Das führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und dazu, dass sich Bayern in zwei Geschwindigkeiten entwickelt: Die einen dürfen sich entwickeln, die anderen müssen stehen bleiben.

Herr Hartmann, Sie haben es gestern wieder bestätigt, es steht aber auch in Ihrem Gesetzentwurf, dass Sie ein Problem mit den Menschen auf dem Land haben, die nach Ihrer Ansicht die Flächen nutzen, weil sie ein Einfamilienhaus haben. In Ihrem Gesetzentwurf steht ebenso, dass die Menschen den Wunsch haben, im Grünen zu leben. Als ein Bewohner des ländlichen Raums stelle ich fest – ich komme aus einem kleinen Dorf –, dass es eine Bewegung zurück aufs Land gibt, weil die Menschen sich dort niederlassen und eine Familie gründen wollen und nach Möglichkeiten suchen, diese Lebensqualität auf dem Land im Grünen in ihrem Häuschen mit Garten zu realisieren. Genau das verwehren Sie den Menschen. Sie wollen, dass die Menschen keine Einfamilien-, Doppel- oder Reihenhäuser mehr haben dürfen. Sie wollen im Gegenteil Wolkenkratzer in die Dörfer bringen und damit historische Orte verbieten.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Schauen wir uns einmal an, wie grüne Politik funktioniert. In keinem Land, in dem die GRÜNEN an der Regierung beteiligt sind, gibt es eine solche Grenze.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ausgerechnet in diesem Land, das erfolgreicher ist, in das viele Menschen kommen, in dem wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, fangen die GRÜNEN mit der Schnaps-idee an, eine verbindliche Obergrenze einzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht muss man das Ganze für Sie anhand von Beispielen transparent machen. Bei meinem Heimatort liegt eine Kleinstadt mit 11.000 Einwohnern und elf kleinen Stadtteilen. Dort wird gerade ein Berufsbildungszentrum gebaut. Das ist wichtig für die sozialen Berufe, die wir haben wollen. Die müssen vor Ort zugegen sein, damit diese Leistungen erbracht werden können. Dafür wird momentan ein Hektar bereitgestellt. 2.000 Quadratmeter werden tatsächlich bebaut. Ginge es nach Ihrer Rechnung, würde das bedeuten, dass die Kernstadt, wo diese Einrichtung entsteht, zehn Jahre hätte sparen müssen, um zu bauen. Oder umgekehrt: Die anderen zehn Ortsteile hätten sich zehn Jahre lang nicht mehr entwickeln dürfen. In den Ortsteilen würde Stillstand herrschen.

Gehen wir ein Stück weiter, zu den erneuerbaren Energien, Herr Zwanziger. Für die Photovoltaik haben Sie eine Härtefallregelung getroffen. Aber wie schaut es denn mit den erneuerbaren Energien insgesamt aus, mit Windkraftanlagen, mit Biogasanlagen, mit Gaskraftwerken, die wir als Reserve brauchen? Sind das dann alles Härtefälle, rechnen wir das alles heraus? Rechnet man sich die Welt schön, oder wie funktioniert das dann in der Realität? – Ich denke, wenn das so kommt in der Form, wie Sie es hier vorlegen, sind Sie die Totengräber der Energiewende, weil dann nämlich gar nichts mehr stattfindet.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Sie fordern eine Mobilitätswende. Ohne Fläche wird sie nicht funktionieren. Herr Zwanziger, wie schaut es denn aus? Sie haben gesagt, unser Beispiel, das in der Presse erwähnt worden ist, sei an den Haaren herbeigezogen. Beantworten Sie doch

einmal die Frage, wie und mit welchem Budget zukünftig ein innerörtlicher Radweg von zehn Kilometern Länge von einer Kommune gebaut wird.

Als Letztes möchte ich noch einmal auf München zurückkommen. Herr Hartmann, Sie sind mir gestern ausgewichen. Sie kommen mir aber nicht davon.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

In München herrscht schon jetzt enormer Wohnungsmangel, sind die teuersten Mieten weit und breit. Wir haben hier einen Verkehrsinfarkt. Jetzt kommen Sie mit einem Degressionsfaktor von 0,13, wollen keine Außenentwicklung mehr, nur noch Innenentwicklungen. Herr Hartmann, es ist völlig legitim, dass Sie Gesetzentwürfe vorlegen. Seien Sie aber einmal ehrlich, und sagen Sie den Menschen die Wahrheit, wie es dann in München aussieht. Das Grün wird in der Stadt München sukzessive verschwinden. Vielleicht können keine Trambahnen mehr gebaut werden, weil die Fläche nicht zur Verfügung steht. Wir sind hier in Haidhausen, schauen wir mal hinaus: Die Fläche wird eigentlich schon optimal genutzt. Zukünftig wird sich die Geschossanzahl vielleicht verdoppeln oder verdreifachen. Oder vielleicht ist in einem historischen Bereich wie Johanneskirchen die Kirche zukünftig von Wohnhochhäusern umzingelt. Dort, wo Ihre Klientel wohnt, in den Gartenstädten in München, werden die Stadtbilder zukünftig so ausschauen wie in Neuperlach. Sie bringen die Leute in Wohnsilos. Das ist nämlich die Konsequenz aus den Vorschlägen, die Sie einbringen. Sie haben den Betonwahn. Irgendwann einmal wird der Englische Garten durch Sie zubetoniert werden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Die Wahrheit tut weh.

Ich bin mal gespannt, wenn Ihre OB-Kandidatin, Frau Habenschaden, in den Wahlkampf einsteigen wird, wie sie mit Ihrem Gesetzentwurf ein Entwicklungskonzept für

die Stadt München aufzeigt, um diese Schnapsidee, die Sie einbringen, umzusetzen. Das wird ein Rohrkrepiere. Die Frau Habenschaden hat den Schaden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie Politik für Bayern machen wollen, dann machen Sie vernünftige Politik! Seien Sie ehrlich zu den Menschen, und sagen Sie ihnen, worauf sie sich einlassen! Ich glaube, unter diesen Bedingungen wird niemand Ihr Volksbegehren unterstützen und unterschreiben.

Für mich persönlich stelle ich fest: Wenn ich die grüne Politik betrachte, habe ich das Gefühl, dass Sie die Erfolgsgeschichte Bayerns sukzessive zerstören wollen, dass die Wirtschaft Ihnen nichts bedeutet, weil Sie überhaupt keine Affinität zu wirtschaftlicher Entwicklung und dem Wohlstand haben, der daraus generiert wird. Für Sie, Herr Zwanziger, ist der ländliche Raum eher ein Freilandmuseum, als dass Sie dort Entwicklung stattfinden lassen wollen. Wenn wir die Stadt München anschauen, ist es tatsächlich Ihr Ziel, zukünftig die Menschen hier wie die Hennen in den Legebatterien wohnen zu lassen. Anders ist die Entwicklung nicht mehr möglich.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Kirchner, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem Kollegen Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Kollege Kirchner, wir haben gestern darüber geredet, dass die Staatsregierung einen Vorschlag gemacht hat, wie man fünf Hektar mit freiwilligen Maßnahmen erreichen will. Jetzt schildern Sie mir, die Welt würde untergehen, wenn wir in Bayern nur noch fünf Hektar Flächenverbrauch hätten. Erklären Sie mir doch bitte einmal, wie Sie mit Ihren freiwilligen Maßnahmen zu den fünf Hektar kommen wollen. Oder glauben Sie selber nicht daran?

Das war wieder ein Musterbeispiel dafür, wie Sie Ängste schüren, was Sie sonst immer uns vorhalten, und Schreckensszenarien an die Wand malen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin aus dem ländlichen Raum und wohne jetzt in Erlangen. Auch in Erlangen ist die Debatte zum Flächensparen hart. Ich frage mich wirklich, ob Sie den Gesetzentwurf tatsächlich gelesen haben. Sie haben wiederum aus der Tabelle des Umweltbundesamtes zitiert, die nicht Bestandteil des Gesetzentwurfs ist. Der Gesetzentwurf sieht einen degressiven Faktor vor, den die oberste Landesplanungsbehörde in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausarbeitet. Josef Göppel hat ein Beispiel genannt. Sie haben sich wieder darauf bezogen und rechnen dann das Ganze schlecht.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Zwanziger, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Erklären Sie doch mal bitte, wie Sie die fünf Hektar erreichen wollen und warum Sie den Gesetzestext wieder nicht im Detail gelesen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Bei den GRÜNEN wird zu allem geklatscht. – Die erste Feststellung: Dieser Tagesordnungspunkt umfasst die Debatte über einen Gesetzentwurf der GRÜNEN. Nichts anderes bespreche ich. Ich verstehe also Ihre Frage nicht, wobei Sie sich die selbst beantworten könnten. Ich bin gestern darauf eingegangen, welcher Strauß von Maßnahmen zur Verfügung steht, um gewisse Dinge zu entwickeln.

(Zurufe der Abgeordneten Christian Zwanziger (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ist das jetzt ein Dialog?)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Sie haben das Wort. – Ich habe das als Zwischenruf gewertet.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das darf man machen!)

Sandro Kirchner (CSU): Ich fange noch mal von vorne an. – Wir behandeln hier den Gesetzentwurf der GRÜNEN. Dazu nehme ich Stellung und interpretiere ihn so, wie Sie ihn dokumentiert haben und ich ihn verstanden habe.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Es gibt aber ein Ziel im Gesetz!)

Sie sagen, man macht Politik mit der Angst. Das ist eigentlich Ihr Metier. Ich versuche, hier die Fakten in den Vordergrund zu bringen, und habe Fragen gestellt. Wenn Sie der Meinung sind, dass dieser Gesetzentwurf eine so tolle Erfindung ist, könnten Sie auf meine Fragen eingehen und sie beantworten, mein Unverständnis vielleicht entkräften und mich überzeugen. Ich habe das Gefühl, dass Sie genau den gegenteiligen Weg einschlagen, dass Sie uneinsichtig und nicht davon abzubringen sind.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Frage beantworten!)

– Die ist beantwortet.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Kirchner, ich habe gestern wie heute Ihre Klage über die Situation, eine gute Beschreibung, gehört und könnte noch viel hinzufügen, insbesondere wenn es um das Bauen in die Höhe geht. Ich habe aber von Ihnen gestern und auch heute nicht gehört, welches Konzept eigentlich die Regierung und die Regierungsparteien haben. Die GRÜNEN haben wenigstens ein Konzept, das Sie sehr stark reduzieren. Ich würde dieses Budget und diesen Budgethandel auch kritisieren. Aber es gibt 2.000 oder wenig mehr Gebietskörperschaften in Bayern. Wie wollen Sie die unter einen Hut bringen, wenn es um 18 Quadratkilometer Verbrauch pro Jahr, um täglich fünf Hektar geht? Welche Lösung haben Sie denn? Sagen Sie

uns doch endlich, wo Sie den Stein der Weisen gefunden haben und wie er ausschaut.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Swoboda, ich habe großes Verständnis für Sie, weil Sie relativ neu und auch in keiner Fraktion mehr organisiert sind und daher vielleicht doch das eine oder andere übersehen. Aber wie dem Kollegen Zwanziger muss ich jetzt auch Ihnen entgegen, dass wir im Moment über den Gesetzentwurf der GRÜNEN beraten und ich Ihnen aufzeige, was mich an diesem Gesetzentwurf stört und warum ich ihn unterstütze oder eben ablehne. Letztes ist der Fall.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Sie stellen die Frage, wie wir damit umgehen. Gestern in der Aktuellen Stunde habe ich aufgezeigt, welche verschiedenen Instrumente es gibt und wie man versucht, das Ganze weiterzuentwickeln. Wenn Sie die Presse gelesen haben, dann wissen Sie auch von dem Kabinettsbeschluss, der sich gestern zum Beispiel auch mit einer Richtgröße auseinandergesetzt hat. Aber für Sie zum Verfahren: Hierzu wird es dann einen Gesetzentwurf der beiden Regierungsfractionen geben, der dann auch hier im Parlament behandelt werden wird. Dann können wir uns gern über diesen Entwurf und unsere Instrumente und unsere Mechanismen austauschen. Aber parlamentarisch müssen wir uns doch an die Tagesordnung und auch an die Themen halten und können nicht irgendwie "Wünsch dir was" spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Also, er weiß es nicht!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Kirchner. – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Josef Seidl für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrem Gesetzentwurf zur nachhaltigen Flächennutzung durch ein verbindliches 5-Hektar-Ziel und somit der Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes zeigen die GRÜNEN einmal mehr, wie widersprüchlich ihre Gedankengänge sind.

Bayern ist und bleibt, bevölkerungstechnisch gesehen, ein rasch wachsendes Land. Laut Bayerischem Landesamt für Statistik lebten zum 31. Dezember 2018 13,08 Millionen Menschen im Freistaat. Das ist ein Nettozuwachs von fast 80.000 Personen und entspricht einer Großstadt jährlich.

Sie, die GRÜNEN, sind für die grenzenlose Zuwanderung. Sie wünschen sich auch, dass diese Zuwanderung stetig ansteigt. Wo sollen all diese Menschen bloß wohnen? – Die Lösung kann nur heißen: Bauen, bauen und nochmals bauen. Wer in letzter Zeit auf dem hoffnungslos überlasteten Wohnungsmarkt versucht hat, eine Wohnung zu finden, weiß, wovon ich spreche. Über 100 Interessenten für eine Wohnung sind schon der Normalfall. Die potenziellen Mieter sind schier am Verzweifeln.

Sie als GRÜNE befürworten einerseits die massive Zuwanderung, beklagen aber andererseits den Flächenverbrauch und wollen diesen auf 5 Hektar pro Tag beschränken. Das passt nun wirklich nicht zusammen. Geradezu lächerlich wird es, wenn man berücksichtigt, dass Sie für den massiven Ausbau der Windenergie sind. Für das Fundament nur eines Windrads braucht man 500 Tonnen Beton und 70 Tonnen Stahl. Der Beton wird massiv verdichtet. Milliarden Insekten und Millionen Vögel werden brutal getötet. Das alles stört Sie offensichtlich nicht. Wer betoniert denn Landschaften mit bunkerartigen Fundamenten zu? – Sie! Gibt es bei Ihnen etwa guten Beton für Windräder oder schlechten für Wohnungen? – Das ist die Frage.

Wir müssen also bei stetig steigender Zuwanderung den Wohnungsbau fördern. Ihre 5-Hektar-Gesetze braucht kein Mensch.

Schließlich möchte ich noch auf das Bürokratie- und Kostenmonster hinweisen, das durch Ihre Gesetze entstehen würde. Sie möchten ein festgelegtes Budget für die Ge-

meinden des Freistaats mit einem Pro-Kopf-Schlüssel verteilen. Die Budgets könnten eingespart oder auf andere Gemeinden übertragen werden. Um dies überprüfen zu können, soll den Gemeinden eine Anzeigepflicht für Bebauungspläne auferlegt werden. Das hört sich nicht nur äußerst kompliziert an, sondern ist es auch. Wer berechnet und verwaltet denn das alles?

Laut Ihrem Gesetzentwurf entstehen dem Staat und den Gemeinden Kosten. Bei solch einem Machwerk ist das kein Wunder. Doch der absolute Gipfel ist Ihre Aussage, den Bürgerinnen und Bürgern entstünden keine neuen Kosten. Wer's glaubt, wird selig. Denken Sie denn, dass der Staat und die Kommunen die entstehenden Mehrkosten tragen werden? – Selbstverständlich werden diese am Ende einfach umgelegt. Dieses Gesetz ist abzulehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Seidl. – Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage an dieser Stelle ein klares und deutliches Nein zu Ihrer Gesetzesvorlage mit einer verbindlichen 5-Hektar-Festlegung. Wir FREIE WÄHLER stehen nämlich dazu, den Flächenverbrauch in einem gesellschaftlichen Konsens zukunftsfähig mit Instrumenten zu reduzieren. Wir stehen zu einer Festschreibung eines Richtwertes von 5 Hektar, wir stehen aber vor allem auch weiterhin für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Regionen in Bayern.

Den Bevölkerungszuwachs und die Veränderung der Bedürfnisse und der Bedarfe in allen Bereichen müssen Sie ganz deutlich berücksichtigen. Viele Regionen und viele Bereiche haben drei wichtige Kenn- und Sollzahlen, in denen sie sich entwickeln: die technische Infrastruktur, die soziale Infrastruktur und die Mobilitäts-Infrastruktur. In allen Bereichen wird viel entwickelt, wird viel gemacht.

Herr Zwanziger, Sie wissen doch auch, dass wir speziell in der sozialen Infrastruktur in vielen ländlichen Regionen einen großen Nachholbedarf haben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nicht auf der grünen Wiese! Fußläufig im Zentrum!)

Wenn wir in Außenbereichen Zuwächse in den Kindergärten zu verzeichnen haben, brauchen wir entsprechende Qualitätsräume, die wir schaffen und auch aufrechterhalten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Und was haben wir in den Orten? Leerstand!)

Im Bereich der Mobilitäts-Infrastruktur fehlt uns in vielen ländlichen Regionen eine Vielzahl von Radwegen, es fehlen Pendlerumsteigebereiche, Verkehre, die wir neu definieren und neu schaffen. – Sandro Kirchner ist nach unseren Positionen gefragt worden. Wir haben Instrumente.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Die nicht funktionieren!)

Unter anderem sind dies Leerstands-Management, die Immobilienbörsen, die es heute schon fast überall gibt, Programme im Rahmen der Städtebauförderung und Dorferneuerungen, "Innen statt außen" dort, wo es heute schon erforderlich ist. Es geht darum, klare Bekenntnisse seitens der Kommunalgremien definieren. Der Flächenverbrauch ist im Straßenbau zu reduzieren. Wir wollen keine großen Monstere Kreuzungen mehr. Steuerliche Anreize für die Ortskernentwicklung sollen geschaffen werden. Es geht um die Reaktivierung von Bestandsimmobilien im Bereich des experimentellen Wohnungsbaus, des geförderten Wohnungsbaus, des Geschosswohnungsbaus, der vor vielen Jahren in ländlichen Räumen noch keine Rolle gespielt hat. Auch hier wollen wir tätig werden. Die interkommunale Zusammenarbeit soll gefördert werden, und zwar mit der Fortschreibung von Maßnahmen wie ISEK, dem interkommunalen strukturellen Entwicklungskonzept, in dem vieles definiert und geklärt wird. Das

alles läuft bereits, und das wollen wir nachhaltig vertiefen, bis hin zu der Schaffung von interkommunalen Gewerbegebieten, die in ländlichen Räumen mittlerweile schon gang und gäbe sind.

Auch seitens der Bayerischen Staatsregierung wurde unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände, Umweltverbände und Wirtschaftsverbände eine Gesamtstrategie zur Flächensparoffensive entwickelt. Es wurde ein Maßnahmenkatalog zur Reduzierung der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrswege entwickelt. Zu nennen sind, wie schon gesagt, die Aufnahme der Richtgröße für den Flächenverbrauch von 5 Hektar in das Bayerische Landesplanungsgesetz, die Standardisierung der Anforderungen an den Nachweis zum Bedarf neuer Siedlungsflächen einschließlich einer Folgekostenabschätzung, die Rücknahme von Ausnahmen vom Anbindegebot, die Fortschreibung des LEP, Modellvorhaben in der Landesentwicklung, Flächenspar-Manager, Leerstands-Manager und eine Sonderförderung bei Flächensparinitiativen seitens interkommunaler Verbände. Es geht auch darum, ein höheres und dichteres Bauen planungsrechtlich ermöglichen.

Des Weiteren ist die Kommunikation ein wichtiger Punkt. Kommunikation und Bewusstseinsbildung sind entscheidende Faktoren. Daher möchte man Veranstaltungen zur Flächensparoffensive intensiv in die Wege leiten und Fachkongresse zum Flächensparen mit Best-Practice-Beispielen sowie Öffentlichkeitskampagnen starten. Das alles machen wir. All das wollen wir in der Zukunft tätigen. Darum sagen wir auch Nein zu Ihrem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Eibl, es liegt eine Meldung für eine Zwischenbemerkung vor. – Ich erteile der Abgeordneten Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Eibl! Wenn Sie auch für das Flächensparen und für weniger Versiegelung sind, wie erklären Sie es dann sich und

den Menschen, dass der Haushaltsausschuss heute Morgen den Weg freigemacht hat für die Verbauung einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von über 60 Hektar in Grub bei Parsdorf, obwohl vor Ort noch nicht einmal die Verkehrsanbindung geklärt ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Eibl, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): – In Grub bei Parsdorf. Das ist mir momentan nicht bekannt. Nichtsdestotrotz müssen wir Bedarfe berücksichtigen. Wir können die Entwicklung von Bedarfen nicht durch gesetzliche Vorgaben eindämmen, wenn eine Notwendigkeit nachgewiesen wird. Das ist unsere Intention. Sollen wir uns als Freistaat bei der zukünftigen Entwicklung einschränken bzw. eindämmen lassen? Wir müssen bedarfs- und orientierungsgerecht wirken. Den Einzelfall kenne ich leider nicht. Daher kann ich nichts dazu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: 60 Hektar!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Eibl. – Jetzt erteile ich der Abgeordneten Annette Karl für die SPD-Fraktion das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben bereits gestern ausführlich über das Thema Flächensparen diskutiert. Heute geht es um den Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Umsetzung eines verbindlichen 5-Hektar-Ziels. Der Gesetzentwurf ist sicher gut gemeint, ich zweifle allerdings daran, dass er auch gut gemacht ist. Aber kein Gesetzentwurf verlässt das Parlament so, wie er eingebracht wurde. Deshalb habe ich auch Hoffnung, dass sich im parlamentarischen Prozess noch einiges verbessern lässt. Die SPD-Fraktion wird auf jeden Fall nach der Sommerpause einen eigenen Gesetzentwurf zum Flächensparen vorlegen, in dem sich die gestern von mir aufgestellten Kriterien widerspiegeln werden.

Nun zum Gesetzentwurf der GRÜNEN und unseren kritischen Anmerkungen dazu: Der Gesetzentwurf baut einen großen bürokratischen Proporz auf. Wenn jeder Bauleitplan den Regierungen als den obersten Verwaltungsbehörden mitsamt Flächennachweiszertifikaten vorgelegt werden muss, dann können besagte Regierungen bald eine eigene Kontrollbehörde aufbauen. Außerdem zeugt dieser Gesetzentwurf von einem großen Misstrauen den Kommunen gegenüber und der Befürchtung, dass sie sich ohne Zwang und Kontrolle nicht an Recht und Gesetz halten würden.

Ein degressives Bevölkerungsmodell zur Flächenverteilung auf jede einzelne Kommune wird dem Gebot gleichwertiger Lebensbedingungen nicht gerecht, weil es alle anderen wichtigen Faktoren ausblendet: den Bedarf an Wohnraum in Städten, die Art der Flächennutzung, Entwicklungsmöglichkeiten der kleinen ländlichen Kommunen, soziale Infrastruktur und vieles mehr. Härtefälle als Teil des Budgets auszuweisen, führt den Begriff Härtefall ad absurdum. Was macht die Gemeinde XY, wenn ihr Härtefall das Budget auf möglicherweise 5,1 % treiben würde? Sie guckt sprichwörtlich mit dem "Ofenrohr ins Gebirge"; das heißt, sie kann ihr Feuerwehrhaus, ihren Kindergarten oder was sie gerade als wichtiges Projekt geplant hat, nicht umsetzen. Bei der Flächenverbrauchsstatistik machen Sie eine Ausnahme für Photovoltaikanlagen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, es gibt einen Grund dafür!)

Das ist löblich. Aber es gibt noch viele andere Arten von Nutzung, die Fläche nicht versiegelt. Willkürlich greifen Sie nur diesen einen Punkt heraus.

(Beifall bei der SPD)

Das größte Problem ist aber Ihre Formulierung zur Möglichkeit der Flächenübertragung zwischen Kommunen. Sie lassen dort die Möglichkeit, mit Flächen zu handeln, zu. Damit wird Staatskapitalismus Tür und Tor geöffnet.

(Beifall bei der SPD)

Arme und schwache Kommunen werden weiter geschwächt, der Drang in die Städte weiter verstärkt und die Entwicklung der ländlichen Räume blockiert. Das wollen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Die GRÜNEN schon!)

Es geht um eine gleichmäßige, soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung Bayerns. Dem wird der Gesetzentwurf in der jetzt vorliegenden Form nicht gerecht. Ich freue mich aber auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Karl. – Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zielsetzung ist loblich. Das haben wir schon gestern bestätigt. An dieser Stelle sind wir uns auch einig. Allerdings ist die ganze Sache sehr komplex. Es drängen sich auch ungeklärte Fragen auf, die bewältigt werden müssen und in diesem Gesetzentwurf nicht beantwortet sind. Dazu möchte ich Ihnen einige Beispiele geben: Die Gemeinde Ottobrunn bei München hat etwa 21.000 Einwohner. Nach Ihrem Verteilungsverfahren stehen der Gemeinde Ottobrunn 16.380 Quadratkilometer zur Verfügung. Die politische Gemeinde Ottobrunn hat insgesamt 523 Hektar Gesamtfläche. Davon sind bereits jetzt 87 % an Siedlungs- und Verkehrsfläche überplant und genutzt. Dagegen hat meine Heimatstadt Freyung 7.000 Einwohner. Ihr stehen 8.770 Quadratkilometer Verbrauchsfläche zu.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Degressionsfaktor!)

– Der ist eingerechnet. Den habe ich berücksichtigt. Freyung hat eine Gesamtfläche von 4.863 Hektar. Davon sind derzeit 634 Hektar an Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. Das sind 13 %. Ottobrunn – über dieses Thema müssen wir uns unterhalten –

erhält die doppelte Verbrauchsfläche, obwohl Freyung nur 13 % verbrauchte Fläche hat und Ottobrunn praktisch voll ist. Wollen wir das wirklich so handhaben? In der Gemeinde Fürsteneck mit 866 Einwohnern wird derzeit darüber diskutiert, ein kleines Baugebiet mit sechs Parzellen auszuweisen, um den örtlichen Bedarf der nächsten Jahre zu decken. Die Gemeinde Fürsteneck hat derzeit 1.290 Quadratkilometer Verbrauchsfläche pro Jahr. Auch bei Ihrem Dreijahresbudget ist ein derart kleines und bescheidenes Baugebiet nicht realisierbar. Sie haben gestern in Ihrer Pressemitteilung behauptet, dass das maximale Flexibilität für Kommunen sei. Ich sage Ihnen: Dieses Thema führt zu einer problematischen Konfliktlinie zwischen Stadt und Land und zwischen großen und kleinen Kommunen. Lassen Sie Ihre Stimmungsmache mit Schlagworten wie "Betonflut eindämmen", "ungezügelter Flächenfraß", "Heimat zubetonieren", "Opferung von Grün- und Ackerland" bleiben und kehren Sie bitte zu einer sachlichen Arbeit zurück.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das Thema verdient es. Diese offensichtlichen Probleme sind nicht gelöst. Die ganze Materie ist zu komplex, um einen solchen Schnellschuss zu wagen. Ich weise noch einmal auf die genannten Beispiele hin. Haben die übergeordneten Versorgungsaufgaben nach der Landesplanung der zentralen Orte zusätzliche Berücksichtigung verdient? Sind Maßnahmen, wie einen Kinderspielplatz zu errichten oder einen Parkplatz zu bauen, nicht qualitativ unterschiedlich zu bewerten? – Diese Aspekte erfordern eine weitere und vertiefte Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Noch ganz kurz – ich habe es schon gestern gesagt –: In der Begründung Ihres Gesetzentwurfs behaupten Sie, dass der erhöhte Flächenverbrauch auch auf den Wunsch vieler Familien, im Grünen zu wohnen, zurückzuführen sei. Angesichts dieser Formulierung stellt sich die Frage, ob Ihr Gesetzentwurf nicht einen Anschlag auf die

Freiheit der persönlichen Entscheidung über die Wohnform und einen Anschlag auf die Attraktivität des ländlichen Raums darstellt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Muthmann, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Alexander Muthmann (FDP): Ja. – Der Tausch von Flächen – das werden wir im Ausschuss sicherlich vertieft betrachten können – ist nicht zuletzt der Einstieg in den Flächenhandel. Damit stellt sich die Frage: Sollen die Gemeindevertreter von Fürsteneck oder Freyung nach Ottobrunn fahren, um dort die für vernünftige Maßnahmen benötigten Flächen einzukaufen? – Das ist mit der FDP nicht zu machen. Alles Weitere müssen wir im Ausschuss behandeln.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Als Nächstem erteile ich Herrn Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Tobias Reiß (CSU): Dem Vorsitzenden des Flächenzentral Komitees! – Heiterkeit)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem Ernst der Debatte entsprechend den Ministerpräsidenten zitieren, der heute Vormittag gesagt hat: Wer möchte, dass Bayern so schön bleibt, wie es ist, der muss etwas ändern. – Das hat Markus Söder vor nicht einmal ein paar Stunden von hier vorn aus gesagt. Von Kollegen Kirchner habe ich soeben genau das Gegenteil gehört: Nichts anders machen! Einfach so weitermachen wie in den letzten Jahren! – Das ist Ihre Politik. Was gehört jetzt eigentlich zusammen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hören einfach nicht zu!)

– Ich habe genau zugehört, sowohl dem Ministerpräsidenten als auch dem Kollegen Kirchner. – Sie haben bis heute nicht verstanden, dass Sie selbst sich das Ziel gesetzt haben, den Flächenverbrauch in Bayern zu halbieren unter der Bedingung eines Flächenverbrauchs, den Sie selbst festgelegt haben. Sie haben die Statistik immer wieder angepasst, um neu zu definieren, was Flächenverbrauch ist. In der Koalitionsvereinbarung steht es genau: Herunter auf fünf Hektar!

Wir liefern – anders als Sie.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Sie liefern gar nichts!)

Wir liefern einen Gesetzestext, um dieses Ziel zu erreichen. Sie reden nur davon. Sie reden am Sonntag von Naturschutz, sind aber nicht einmal bereit, kleine Maßnahmen verbindlich umzusetzen, um ein Ziel zu erreichen, das Sie doch angeblich erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Reden wir vom ländlichen Raum! Kindergärten, gern auch Schulen, möchten wir im Ort entwickeln, nicht in dem Gewerbegebiet am Rand. Wir haben im ländlichen Raum am meisten mit dem Leerstandsproblem zu kämpfen. Das ist leider so; wir würden es uns anders wünschen. Angesichts dessen ist die Entwicklung im Ortskern möglich; sie soll doch nicht draußen, an der Umgehungsstraße, stattfinden. In diesem Sinne muss die Politik endlich lenkend eingreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine weitere Anmerkung zum ländlichen Raum: Kennen Sie "Invest in Bavaria"? – Der eine oder andere Kollege kennt sicherlich diese Agentur, die vom bayerischen Steuerzahler finanziert wird. Im vergangenen Jahr hat man 76 % der Firmen, die man nach Bayern gelockt hat, in den Großraum München geholt. Das ist Ihre Politik für den ländlichen Raum.

(Tobias Reiß (CSU): Weil die Firmen es so wollten!)

Das ist doch absurd! Wir müssen endlich Anreize schaffen, dass Firmen auch in die ländlichen Regionen gehen und nicht nur in den Speckgürtel Münchens. Sie unterstützen das doch mit Ihrer Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zahlen stammen aus der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage. Demnach haben Sie 92 Betriebe nach Oberbayern, in den Großraum München, geholt, nur 29 in den Rest Bayerns. Das ist Ihre Politik.

(Tobias Reiß (CSU): Haben Sie Firmen geholt?)

Eine weitere Anmerkung: Wir alle kennen doch die Entwicklung. Ich habe es gestern schon gesagt; da es vollkommen richtig ist, sage ich es noch einmal: Erst kommt die Umgehungsstraße. Dann kommt der Discounter. Nachher schließt der Laden im Ortskern. – Das ist Ihre Politik.

Es geht anders. Da kann ich auch CSU-Bürgermeister erwähnen. Die Hofheimer Allianz aus Unterfranken hat es vorgemacht: Innenentwicklung vor Entwicklung des Außenbereichs. Damit konnte der Ortskern gescheit gestärkt werden.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist deren Hoheit!)

Dort wurde die Ausweisung eines Baugebietes am Ortsrand zurückgenommen, um den Innenort zu stärken.

(Tobias Reiß (CSU): Planungshoheit der Kommunen!)

Lasst uns doch vereinbaren, den Gesamtflächenverbrauch bis 2026 zu halbieren. Jedes Jahr einen Hektar weniger! Dabei nehmen wir alle mit, die Kommunen und die Projektplaner. Wir müssen eine Politik bekommen, die denkt, bevor der Bagger kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Auch ich bin in vielen bayerischen Unternehmen, die erweitern möchten, unterwegs. Ich freue mich, wenn die Firmen erweitern.

Ein Beispiel aus Oberbayern: Die Firma Hilti bei Kaufering hat gewaltig ausgebaut und Arbeitsplätze geschaffen. Eine Kinderkrippe wurde eingerichtet, die Kantine ausgebaut. Dieses Unternehmen hat keinen zusätzlichen Quadratmeter Wiesen, Wälder oder Äcker verbraucht. Auf dem ehemaligen Parkplatz steht ein Parkhaus mit fünf Stockwerken. Auf der frei gewordenen Parkplatzfläche wurde erweitert. Genau so stellen wir uns das vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen: Die Firmen, die Erweiterungen platzsparend umsetzen, machen es meist erst dann, wenn keine Fläche mehr vorhanden ist. Genau deshalb müssen wir lenkend eingreifen, damit nach oben geplant wird. Schauen Sie sich doch einmal bei Google Earth ein Gewerbegebiet von oben an: 40 % der Fläche sind Parkplätze! Die Autos können auch übereinanderstehen; sie müssen nicht nebeneinanderstehen. Schon dadurch können wir sparsamer mit Fläche umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde das Verhalten der Koalition ziemlich unfair, wenn ich an die Debatte zum Artenschutz denke. Heute Vormittag waren wir alle uns einig: Die Landwirte brauchen Unterstützung, um die Kulturlandschaft pflegen und erhalten zu können. – Wir sollten sie erhalten und nicht Beton und Asphalt opfern!

Wir in Bayern haben in den vergangenen 20 Jahren die Fläche von 8.200 Bauernhöfen unter Beton und Asphalt verschwinden lassen. Das ist eine verkehrte Politik. Wir wollen, dass endlich die Notbremse gezogen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich am Schluss ein weiteres Beispiel ansprechen, um zu verdeutlichen, dass auch in diesem Hohen Hause immer wieder Fakten durcheinandergebracht werden. § 13b Baugesetzbuch ist dem einen oder anderen sicherlich bekannt. Demnach gelten in ländlichen Regionen vereinfachte Verfahren, um auf Flächen von bis zu einem Hektar Flächen für die Wohnungsnutzung, auch für Einfamilienhäuser, zu schaffen. 83 % der Gemeinden, die diese Regelung in Anspruch genommen haben, liegen in einer Region, wo es nach Aussage des Instituts der deutschen Wirtschaft eine Überversorgung mit Wohnraum gibt. Dort wird am Bedarf vorbei gebaut. Lassen Sie uns doch endlich zu einer Politik kommen, die die Ortskerne stärkt, die Innenentwicklung voranbringt und die Entwicklung im Außenbereich gesetzlich maßvoll begrenzt, um das Ziel zu erreichen. Im Jahre 2003 wurde das Bündnis zum Flächensparen gegründet. Das ist 16 Jahre her! All die freiwilligen Maßnahmen der letzten Jahre haben nicht gefruchtet. Die Politik muss die Realität anerkennen. Genau das haben wir gemacht. Deshalb bringen wir heute unseren Gesetzentwurf ein. Ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Hartmann, bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen Meldungen für drei Zwischenbemerkungen vor. Als Erstem erteile ich dem Abgeordneten Sandro Kirchner für die CSU-Fraktion das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Werter Kollege Hartmann, vielen Dank, dass Sie soeben eindrucksvoll aufgezeigt haben, wie die Hofheimer Allianz bestehende Rahmenbedingungen, das heißt gesetzliche Möglichkeiten, anwendet, um die Dinge so zu entwickeln, wie sie es will. Das tut sie aber in ihrer eigenen Hoheit, im Rahmen ihrer Selbstverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte Sie noch einmal darum bitten – vorhin wurde darum gebeten, Sachlichkeit Einzug halten zu lassen –, zwischen genutzter und tatsächlich versiegelter Fläche zu

unterscheiden. Sie sollten nicht immer den Eindruck erwecken, als ob alles zubetoniert sei.

Dann bin ich der Meinung, dass Sie endlich meinen Fragen beantworten sollten; in Ihrer Rede haben Sie es versäumt.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Ich wusste, dass ich von Ihnen noch Redezeit bekommen würde.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Lassen Sie bitte den Abgeordneten Kirchner zunächst ausreden.

Sandro Kirchner (CSU): Ich möchte von Ihnen wissen: Ist nach Ihrem Verständnis eine Biogasanlage ein Härtefall? Wie funktioniert es mit den Fahrradwegen im Innenbereich? Wie setzt eine Kommune das um? – Herr Kollege Hartmann, Ihr Stimmkreis ist München-Mitte, also von dem betroffen, was ich vorhin skizziert habe. Erklären Sie doch einmal, wie sich München-Mitte zukünftig entwickeln würde, wenn Sie Verantwortung hätten und dieser Gesetzentwurf zum Tragen käme. – Danke.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Hartmann, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Gehen wir gleich auf München-Mitte ein: In München-Mitte und in Ballungsgebieten generell ist doch das Entscheidende, dass wir den Dachgeschossausbau voranbringen, um Wohnraum zu schaffen. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen, weil ich nicht nur Luxuswohnungen haben möchte. Wenn Genehmigungen erteilt werden, die über das vorhandene Baurecht hinausgehen, erwarte ich, dass der Gesetzgeber einen Rahmen schafft, der es ermöglicht, dass eine Wohnung im selben Gebäude dauerhaft in die Sozialbindung kommt, damit sich alle Menschen die Stadt noch leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Degressionsfaktor 0,13!))

Zu einem weiteren Punkt, den Sie angesprochen haben: Die Hofheimer Allianz ist doch der Beweis,

(Sandro Kirchner (CSU): Dass es funktioniert!)

dass es funktioniert. Wir haben in Bayern leider x Regionen und Gemeinden, in denen es nicht funktioniert. Warum haben wir in Bayern 8.000 Hektar ausgewiesene Gewerbegebiete, die nicht bebaut sind bzw. leer stehen? – Dies zeigt, dass die Entwicklung falsch läuft.

(Sandro Kirchner (CSU): In welchen Kommunen?)

– Ich könnte Ihnen viele Kommunen nennen. Ich nenne vorneweg Graben im Lechfeld. Das ist ein großer Logistikstandort. Haben Sie dort irgendwo ein einziges Parkhaus gesehen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, die Zeit für die Beantwortung ist abgelaufen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dort finden Sie nur Parkplätze auf der Fläche. Dort läuft es komplett falsch. Das zeigt: Landesplanung muss, wie der Name schon sagt, lenkend eingreifen. Sonst bräuchten wir in diesem Land keine Landesplanung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Vielen Dank für diese Antwort!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Annette Karl für die SPD-Fraktion das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Hartmann, Sie haben Ihren Gesetzentwurf geradezu leidenschaftlich als quasi alternativlos hingestellt. Ich möchte Sie fragen, warum es

in Baden-Württemberg, wo Sie den Ministerpräsidenten stellen, und in Hessen, wo Sie zumindest mit an der Regierung sind, keinerlei Bemühungen gibt, etwas Ähnliches auf die Beine zu stellen. Wir hätten dann schon einen Praxistest, wie so etwas läuft. Hat das vielleicht damit zu tun, dass Sie hier in Bayern nicht Gefahr laufen, dass Ihr Gesetzentwurf umgesetzt wird?

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Hartmann, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Liebe Kollegin, das Problem ist in Bayern gravierender. Sie kennen die Zahlen.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

Ich habe sie mal mitgebracht: Bayern hatte durchschnittlich 11,4 Hektar Flächenverbrauch zwischen 2013 und 2016, Baden-Württemberg ist bei der Hälfte, bei 5 Hektar, Hessen ist bei 3,3 Hektar.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Ha!)

Das nur zur Größenordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist zwar von der Einwohnerzahl her größer als Baden-Württemberg, aber auch nicht doppelt so groß, um das mal deutlich zu sagen. Deshalb sieht man ganz deutlich: Es ist in erster Linie ein bayerisches Problem, wie mit Fläche umgegangen wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Deshalb müssen wir in Bayern deutlich lenkend eingreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Manfred Eibl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Hartmann, wenn Sie Baden-Württemberg anführen, müssen Sie aber bitte auch dazu sagen, wie viele Einwohner Baden-Württemberg und wie viele Einwohner Bayern hat und wie sich Bayern entwickelt hat. Das gehört konkret dazu gesagt. Des Weiteren habe ich in meinen Ausführungen zahlreiche Beispiele gebracht, mit welchen Instrumenten man dem Flächenfraß begegnet. Ich glaube, diese sind sinnvoll und nachhaltig. Des Weiteren haben Sie mit Ihren Ausführungen über 2.000 Bürgermeister denunziert. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie haben sie richtig denunziert, weil in vielen Bereichen mit der Fläche vernünftig umgegangen wird, auch in interkommunaler Zusammenarbeit. Innenentwicklung vor Außenentwicklung wurde schon betrieben, als Sie noch nicht einmal gewusst haben, was diese Wörter eigentlich bedeuten. Das möchte ich Ihnen nur sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Hartmann, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Geben Sie mir die Gelegenheit, Ihnen eine Geschichte aus meiner eigenen Kommune zu berichten. Ich bin Kommunalpolitiker. Die Firma DELO dürfte Ihnen bekannt sein. In jedem zweiten Smartphone ist Klebstoff von DELO verbaut. Die Firma war in Landsberg am Lech. Wir hatten uns darauf verständigt, eine Expansionsfläche in einem bestehenden, bereits erschlossenen Gewerbegebiet frei zu halten, und hatten uns bereits auf einen Grundstückspreis von 75 Euro pro Quadratmeter geeinigt. Das kann man hier offen sagen, weil das mehrfach schon geschrieben wurde. Dann kommt eine Nachbargemeinde im

gleichen Landkreis, eine Autobahnabfahrt weiter entfernt von Landsberg, und bietet das für 70 Euro an. Ein Wettkampf der Kommunen im gleichen Landkreis!

Was ist letztendlich passiert? – Wir als Stadtrat waren uns einig, dass wir uns nicht erpressen lassen. Wir wollten unsere heimischen Handwerksbetriebe nicht übers Ohr hauen, nur weil der Große uns erpressen kann. Was ist passiert? – Für den damals zweitgrößten Gewerbesteuerzahler ist auf einer grünen Wiese abseits einer Ortschaft neu gebaut worden. Ein gewaltiger Flächenfraß, weil die Landesplanung so ein Vorgehen nicht unterbindet, weil jede Gemeinde nach Lust und Laune was aufreißen kann! Das ist ein Beispiel dafür, warum wir eine starke Landesplanung brauchen. Ich mache dem Bürgermeister keinen Vorwurf.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie erneut bitten, zum Ende zu kommen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Aus seiner Sicht hat er wahrscheinlich das Beste herausgeholt. Aber landespolitisch ist es doch Nonsense, wenn die Konkurrenz zwischen zwei Gemeinden stattfindet, wenn wir eigentlich weltweit in Europa im Wettbewerb stehen. Da läuft doch was falsch! Deshalb müssen wir lenkend eingreifen, mit einer Höchstgrenze, die verbindlich ist. Wofür die Kommunen das verwenden, dafür bleibt die größtmögliche Freiheit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, jetzt zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wir wollen nur den Verbrauch um die Hälfte reduzieren. Das kann man erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Hartmann. – Hiermit erteile ich Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger als Vertreter der Staatsregierung das Wort.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Du hast neun Minuten Zeit!)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrte Herrschaften des Präsidiums, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, es ist gut, wenn jetzt die Sommerpause kommt und der Druck etwas aus dem Kessel weicht. Das Thema Flächensparen hat die Emotionen ja doch hochgejagt. Damit sich in der Politik etwas bewegt, muss es häufig so sein, dass wir uns mit allen Facetten einer Thematik auseinandersetzen.

Seien Sie versichert: Wir haben das in der Staatsregierung über Monate hinweg getan. Ich habe mit allen Spitzenverbänden gesprochen. Ich habe mir sehr viele Meinungen angehört. Ich hatte heute eine zweistündige Sitzung mit dem Landesplanungsbeirat, mit 60 Vertretern aller Verbände, die beim Thema Landesplanung das Wort führen. Alle sind der Überzeugung, dass es ein schwieriges Thema ist, das Zielkonflikte beinhaltet. Aber es ist keiner der Meinung, dass wir mit der strikten Anwendung von Flächenzertifikaten die Lösung finden. Einige haben diesen Vorschlag zwar in der Vergangenheit gemacht. Aber es ist deutlich feststellbar, dass die Vergabe von Zertifikaten an einzelne Kommunen, über diverseste Verteilung und Korrekturmechanismen bis dahin, dass man dann in München die Anträge stellen muss, wie viele Quadratmeter man bekommt, im wahrsten Sinne des Wortes völlig in den Wald führt.

Das würde Bayern als einziges Bundesland in Deutschland massiv bei der Bevölkerung diskreditieren, die überlegt, hierher zu ziehen oder ein Haus zu bauen. Das würde jeden Investitionswilligen, der überlegt, ob er sich in Bayern, der Slowakei, Tschechien oder Tirol ansiedeln soll, sehr schnell zu der Überzeugung bringen: Bevor ich mich dieser Flächenzertifikat-Debatte aussetze, gehe ich dorthin, wo ich mit offenen Armen empfangen werde und nicht als Flächenfresser tituliert werde.

Insofern: Respekt vor Ihrem Gesetzesvorschlag. Es ist immer gut, wenn verschiedene Vorschläge auf den Tisch kommen. Häufig ist ein Vorschlag auch deshalb gut, weil man im Nachgang sagen kann: Er war vielleicht gut gemeint, bringt aber in der Praxis

keine Vorteile, er bringt Nachteile. Wir streben diese fünf Hektar gemeinsam mit den Kommunen und mit den Bürgern an.

Aber Ihr Modell können Sie gerne als gescheitert ansehen und einsammeln, weil es eben an der Praxis vorbeigeht, weil es die Probleme nicht löst. Sie sind bis heute die Antworten schuldig geblieben, wie Sie die Thematik München angehen wollen. Ich habe es bei meiner gestrigen Rede schon angesprochen: Solange das Land diejenigen auffängt, die in der Stadt keinen Wohnraum mehr bekommen oder bezahlen können, ist das aus Ihrer Sicht vielleicht geduldet. Aber Sie kritisieren trotzdem die ländlichen Regionen.

Halten Sie sich die SEM Feldmoching, eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, vor Augen: Geplant sind bis zu 900 Hektar Siedlung in neuen Baugebieten. Die GRÜNEN sind hier dafür, dieses Quasi-Enteignungswerkzeug SEM anzuwenden. Sie haben keine Hemmungen, 900 Hektar Bauernland zuzubauen, um dort Münchner Bevölkerung vor der eigenen Haustür anzusiedeln. 900 Hektar, das wäre das halbe Flächenkontingent für ganz Bayern.

Auch die Antwort auf das Thema Grub und Vaterstetten will ich Ihnen gerne geben. Natürlich haben wir auch Bauchweh und Zahnweh zugleich, wenn wir sehen, dass 60 Hektar außerhalb der Metropole wieder mit Gewerbegebiet, in dem Fall mit Krauss Maffei und BMW, besiedelt werden. Aber was ist die Alternative? – Die sagen, unsere Beschäftigten gehen nicht nach Oberfranken und unsere Werke passen dort oder ins östliche Niederbayern nicht hin. Wir gehen maximal so weit raus, machen aber im Gegenzug Platz für 5.000 bis 6.000 Wohnungen in München frei, halten die Arbeitsplätze in der Region, halten diese Betriebe am Laufen und schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Natürlich zu unserem Leidwesen, denn draußen wird Agrarland unter Beton verschwinden. Aber sollen wir dort lieber die 5.000 Leute ansiedeln? Oder sollen wir die in Niederbayern ansiedeln, oder was auch immer? – Allein daran sehen Sie ja den Zielkonflikt, dem wir ausgesetzt sind.

Als Mitglied der FREIEN WÄHLER und Minister war ich in den letzten Monaten in den neuen Bundesländern unterwegs. Meine Damen und Herren, die hätten diese Probleme gern. Die haben teilweise schwindende Bevölkerung und wegziehende Betriebe. Die führen andere Debatten, und wir führen eben diese Debatte, die heißt: Wie bringen wir zunehmende Bevölkerung und zunehmende Wirtschaftskraft möglichst landschaftsverträglich unter, und wie erreichen wir diese fünf Hektar? – Wenn der Zuzug in den nächsten Jahren zurückgeht und die Wirtschaft nicht mehr so wächst, wird dieses Fünf-Hektar-Ziel relativ leicht erreichbar sein. Aber dann werden wir wieder andere Debatten führen.

Die Thematik ist bei uns also gut angekommen. Ich sage Ihnen auch mit Selbstbewusstsein: Diese Thematik ist bei uns als einer Bürgermeisterpartei, die Hunderte Bürgermeister im ganzen Land stellt, auch in guten Händen, weil wir beide Seiten sehen; weil wir die strikte Flächenzahl sehen, die wir anstreben, weil wir aber auch die Zwänge und Nöte des ländlichen Raums sehen und vernünftige Kompromisse finden wollen. Es ist nicht unser Leitbild für die nächsten Jahre, dass ein Bürgermeister beim Obersten Sowjet in München antreten soll und sich Flächenzertifikate holen darf, wenn er sie denn bekommt. – Nein, wir wollen weiter ein Freistaat bleiben, mit guter kommunaler Planungshoheit, ein wirtschaftlich attraktives Land und ein Land, das die Menschen dazu bewegt, auch nach Bayern zu ziehen und nicht davonzulaufen.

In diesem Sinne danke für Ihren Gesetzesvorschlag, danke für die Debatten. Aber ich glaube, der richtige Weg ist, hier mit einem Kompromiss reinzugehen und nicht mit den Daumenschrauben. Natürlich wird dieses Thema in den nächsten Jahren ständig weiterentwickelt. Es wird ständig angepasst. Ich rufe alle Parteien auf, auch viele Best-Practice-Beispiele einzuspeisen. Wir haben hierzu schon viele Vorschläge. Mittlerweile kommen auch viele Vorschläge von Architekten, wie wir beim Gewerbebau in die Höhe gehen könnten. Wir haben viele Modelle, in denen wir Wohnformen neu diskutieren.

Ich habe es heute auch in der Sitzung mit dem Landesplanungsbeirat als goldenen Schlüssel bezeichnet, diese Debatte – dazu rufe ich wieder alle Parteien auf – jetzt, im beginnenden Kommunalwahlkampf, draußen mit den Bürgern bei Wahlversammlungen, bei öffentlichen Veranstaltungen vor Ort ganz offen zu führen: Wie will sich diese Gemeinde entwickeln?

Dann wird die Entscheidung kommen: Hoppla, schauen wir doch einmal unsere Leerstandssituation an. Lieber Bürgermeister, warum haben wir noch kein Leerstandsmanagement? Betreiben wir doch mehr Leerstandsmanagement, wenn es auch die Nachbarn haben. 10 % der Kommunen haben es schon, die anderen noch nicht.

Es gibt viele Kommunen, die sich mit der Thematik schon etwas länger beschäftigen und gute Vorschläge haben. Der eine Vorschlag passt, der andere wieder nicht – oder er passt besser in eine andere Region. Wenn wir auf diese Weise gemeinsam mit den Bürgern Sensibilität vor Ort entwickeln und dieses Thema von allen Seiten beleuchten, bin ich überzeugt, dass wir auch ideale Lösungen finden, die die Gesellschaft hier und heute demokratisch mitträgt.

Ob wir in zehn Jahren einmal andere Maßnahmen diskutieren und vielleicht wieder Ansiedlungsprämien gewähren, damit überhaupt Gewerbe kommt, oder ob wir sagen müssen: "Das Boot ist voll, wir nehmen niemand mehr", werden wir dann im Lauf der Zeit sehen, wenn sich diese Frage stellt.

Aus heutiger Sicht sagen wir: Jawohl, der Flächenverbrauch muss sinken. Aber – ganz klar – Zertifikate sind hier keine Lösung, die zum Ziel führt. Sie würden zu massiven Verwerfungen und Streit führen.

Insofern ist, wie ich glaube, der Weg der richtige, den wir mit unserem Vorschlag beschreiten, das Landesplanungsgesetz weiterzuentwickeln, die Lockerung des Anbindegebots wieder zurückzunehmen, mit Bedarfsnachweis zu arbeiten und alles Weitere zu tun, was Kollege Eibl so wunderbar vorgestellt hat.

Wir haben genügend Maßnahmen. Wenn wir sie umsetzen, sind wir dem Ziel einen deutlichen Schritt nähergekommen. Wir halten das Land zusammen und vertreiben Bürger und Wirtschaft nicht aus dem schönen Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult; es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Abgeordneten Christian Hierneis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben vorhin behauptet, wir würden in München mit einer SEM 900 Hektar betonieren. Das ist unrichtig.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich habe nicht gesagt: "betonieren". Ich habe – –

Christian Hierneis (GRÜNE): Dann haben Sie "zubauen" gesagt,

(Zuruf von der CSU: Das ist ein Unterschied!)

in Ordnung. Kennen Sie den Beschluss der GRÜNEN in München, maximal 100 Hektar zu bebauen und landwirtschaftliche Flächen zu schützen?

Das klingt toll, von 900 Hektar zu sprechen, und ist öffentlichkeitswirksam, zu behaupten, wir seien die "Betonierpartei". Bleiben Sie bei der Aussage, dass die GRÜNEN 900 Hektar zubauen wollten, oder nehmen Sie diese Aussage zurück, weil Sie nicht der Wahrheit entspricht?

(Beifall bei den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Verbrauchte Flächen!)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Die GRÜNEN setzen sich meines Wissens im Münchner Stadtrat dafür ein, dass diese 900 Hektar mit dem Instrument der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme – SEM –

überplant werden. Damit tauchen sie in der Statistik auf. Es wird sich zeigen, ob Sie "nur" 100 Hektar zubetonieren – das ist immerhin ein Quadratkilometer – oder ob Sie mehr wollen.

Ich frage Sie: Warum wollen Sie 900 Hektar in ein System nehmen, wenn Sie nur 100 Hektar brauchen? Haben die Landwirte auf den übrigen 800 Hektar auch etwas zu befürchten? Auf alle Fälle wollen Sie an das Land der Bauern heran, mit einer – in meinen Augen – eiskalten Enteignung.

(Widerspruch des Abgeordneten Christian Hierneis (GRÜNE))

Dort haben Sie keine Probleme, so vorzugehen. Deshalb sage ich weiterhin: Lasst die Bauern in Ruhe. Baut in die Höhe! Wenn ihr schon meint, wir sollten Bauernland schonen, dann tut das auch dort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Christian Hierneis (GRÜNE): Bei der Wahrheit bleiben!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.